

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/42. Jahrgang

Juni 2011

Schutzgebühr: 0,40 E

Hatten wir eine Kommunalwahl?

Hatten wir nicht sogar einen „Regierungswechsel“? Die Koalitionsvereinbarungen von SPD/Grün beinhalten jedenfalls ein kräftiges: Weiter so! Die Landesgartenschau kommt, der Bahnhofsvorplatz wird nach Rauschs Gusto verhunzt und an den Plänen zum Bänningergelände rüttelt allenfalls noch der RP.

Interessant ist die Wohnungsbau-Politik. Hier sollen Wohnbau-Wohnungen an langjährige Mieter verkauft (= privatisiert) werden. Und als besonderes Schmeckerl soll es bei drastischen Mieterhöhungen wegen energetischer Sanierung „Anpassungshilfen“ geben, die mit den Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe finanziert werden. Ist es denn noch nicht zu SPD/Grünen durchgedrungen, daß diese Abgabe gerade eben (s. Echo Nr.4/11) von der Landesregierung abgeschafft wurde?

Der Gießen-Paß, einst Aushängeschild des SPD/Grünen Magistrats von 1986, bleibt wohl in der rudimentären Form (25% Ermäßigung für Hartz-IV-, Sozialhilfe- und Grundsicherungs-Empfänger) erhalten. Gestartet war er mit 75% Ermäßigung für alle, deren Einkommen den Sozialhilfesatz um nicht mehr als 30% übersteigt. Zwar soll geprüft werden, ob auch Studierende und Mini-Rentner den Gießen-Paß bekommen können (was immer noch weit von der alten Regelung entfernt ist), aber auch dies steht, wie alles, „unter Finanzierungsvorbehalt“.

Ein Kabinettsstück besonderer Art ist der Umgang mit dem alten Bürgerbegehren „Drei (hauptamtliche Magistratsmitglieder) reichen“, für das sich insbesondere neben der Bürgerliste

(Fortsetzung auf Seite 3)



Die DKP Gießen wird sich mit einem eigenen Beitrag an den Aktionen gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch am 16. Juli beteiligen. Sie wird zwei Informationsständen an der Ecke Nordanlage/Steinstraße (Nähe der ehemaligen Synagoge) sowie in der Walltorstraße (Nähe des ehemaligen jüdischen Ghettos) durchführen und dort über die Verbrechen der Nazis aufklären und für ein sofortiges Verbot aller faschistischen Organisationen eintreten. Sowohl entsprechend dem Potsdamer Abkommen und Artikel 139 des Grundgesetzes als auch nach Artikel 158 der Hessischen Verfassung hätten faschistische Organisationen nicht zugelassen werden dürfen. Auch bei ihren Antrag zur Aufnahme in die UNO 1973 bestätigte die Bundesregierung das „ausdrückliche Verbot von neonazistischen Organisationen“ - In den beiden Bündnissen „Gießen bleibt bunt“ sowie „Gießen nazifrei“ wird die DKP weiter aktiv und solidarisch mitarbeiten.



Auch in diesem Jahr führte die Demo des DGB zum 1. Mai wieder durch das Nordviertel zur Abschlußkundgebung auf dem Kirchenplatz.

Inhalt:

AKW-„Sicherheit“/Totale Armut	S.2	Welches Europa?/„Human“-Medizin	S.5
Kitas: Stadt geht - Kirche kommt	S.3	Denkmalschutz nach Kassenlage	S.6
Bundeswehr/Zeitarbeit/City-Sport	S.4	Libyen-Krieg/Leserbriefe/Buchtipp	S.7
		Termine/Nazis im Hess. Landtag	S.8

Für Frieden und Sozialismus! **DKP**

Es gibt keine "Sicherheit" für AKWs!

Der mit großem Tamtam angekündigte „Stresstest“ (ein alberner Modeausdruck) für die deutschen Kernkraftwerke ist ausgefallen, wie es zu erwarten war. Ein paar Uralt-Meiler werden abgeschaltet, alle anderen dürfen weiterlaufen und den Energiekonzernen Milliardenprofite bescheren. Die veröffentlichten Ergebnisse der Tests zeigen nichts, was nicht schon längst bekannt war. Die Schutzhülle älterer Kraftwerke hält schon dem Absturz kleinerer Flugzeuge nicht stand, keines der neueren würde den Aufprall einer großen Passagiermaschine überstehen. Die Erdbebensicherheit reicht nur für die in der Region zu erwartenden Erdbeben, nicht aber für tektonisch mögliche Erdbebenstärken, Notkühlsysteme sind zwar vorhanden, aber das waren sie in Fukushima auch. All das haben Kernkraftgegner schon seit Jahrzehnten bemängelt. Aber nicht nur diese haben das Risiko der Kernenergie schon seit längerem ernst genommen als Politiker und Atomindustrie. Es gibt einen Geschäftszweig, der sehr viel von Risikoabschätzungen versteht: Die Versicherungen. Wie diese das Risiko der Kernenergie sehen war nie ein Geheimnis – die möglichen

Schäden sind nicht abschätzbar und deswegen auch nicht versicherbar. In jeder Sachversicherung findet man die Klausel „Schäden durch Einwirkung von Kernenergie sind von Versicherungsleistungen ausgeschlossen“. Auch die Kernkraftwerke selbst können keine Haftpflichtversicherung abschließen. Obwohl Versicherungen sonst kein Geschäft auslassen, verzichten sie in diesem Fall darauf. Keine noch so hohe Prämie würde ausreichen, um genug Rücklagen anzulegen um alle möglichen Schäden decken zu können. Formell haftet der Staat – und der würde im Ernstfall nach Kassenlage entschädigen. Im Grunde haftet also jeder Geschädigte selbst mit seinem Privateigentum. Auch eine andere Entscheidung aus den Anfangsjahren der Kernkraft zeigt, daß ernstzunehmende Fachleute schon immer das Risiko für höher gehalten haben als öffentlich zugegen wird. Mitte der 60er Jahre wollte die BASF in Ludwigshafen einen Kernreaktor auf ihr Betriebsgelände stellen, um Prozeßwärme für die dortigen Chemiefabriken zu erzeugen. Für einen solchen Standort wurde diese Technik aber doch



nicht für sicher genug gehalten. Der Antrag wurde abgelehnt und grundsätzlich entschieden, Kernreaktoren nur in relativ dünn besiedelten Gebieten zu genehmigen. Der Begriff „Restrisiko“ war immer nur zur Beruhigung und Verdummung der Bevölkerung gedacht. Gernot Linhart

Wollt Ihr die totale Armut?!

Daß die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht ist längst nicht mehr wie noch vor Jahrzehnten die Feststellung von Kommunisten und Gewerkschaften.

Erinnern wir uns: früher ging es in den Tarifrunden nicht nur um gestiegene Abgaben und Preise, sondern auch um Teilhabe am Produktivitätszuwachs. Schnee von gestern.

Heute muß länger gearbeitet werden – für weniger Geld; die Reallöhne sinken. 1,4 Millionen Menschen (im Kreis Gießen 3900) sind durch Minijobs und Lohndumping auf Zuschüsse nach Hartz IV angewiesen; 1 Million Menschen (in Gießen 1.600) müssen sich Lebensmittel bei den Tafeln holen.

Seitdem nach der Niederlage der sozialistischen Länder in Europa auch die Systemkonkurrenz nicht mehr existiert und das „Schaufenster des Goldenen Westens“ überflüssig ist, ist die Ausbeutung noch schamloser, noch brutaler geworden. Die jetzigen

sozialen Grausamkeiten hätten sich die Herrschenden vor 1990 nicht leisten können. Die Frage, wer hier der „Unrechtsstaat“ ist, wäre zu leicht zu beantworten gewesen.

Das heißt nicht, daß es vorher keinen Sozialabbau und keine Ausbeutung gegeben hätte. Allerdings mußten sich Kapital und Kabinett, egal ob von CDU oder SPD geführt, eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Die ist heute nicht mehr notwendig, weil es gelungen scheint, jede sozialistische Alternative durch Hetzkampagnen zu verteufeln.

Geld ist genug da! 4,88 Billionen Euro betrug Ende 2010 das Privatvermögen in der BRD – zusammengeschuffelt durch rigorose Ausbeutung. Gleichzeitig ist die Staatsverschuldung auf knapp 2 Billionen Euro angewachsen – durch Milliardeneschenke und Banken-Subventionen. Dagegen waren die Schulden der DDR weniger als „Peanuts“.



In Griechenland, Spanien und Portugal lernen die Menschen die Zusammenhänge zu erkennen und sich zu wehren. In Deutschland sind die Köpfe noch vernebelt von der täglichen „alternativlosen“ Gehirnwäsche. Hier glauben viele, durch die Wahl der Grünen (in Baden-Württemberg) oder der SPD (in Bremen) etwas zu erreichen; es scheint vergessen, daß es SPD und Grüne waren, die mit der Agenda 2010 und Hartz IV den größten Sozialraub in der Geschichte der BRD beschlossen haben. Und es ist die neue Lichtgestalt der SPD, der als Kanzlerkandidat gehandelte Peer Steinbrück, der schon vor Jahren eine Verschärfung von Hartz IV als eine „Frage der Dosis, die die Menschen vertragen können“ bezeichnete. Die Frage „Wollt Ihr die totale Armut?“ ist also gar nicht so abwegig.

Erika Beltz

*)Nazi-Goebbels am 18.2.43 in Berlin: „Wollt Ihr den totalen Krieg?“

Kitas in Gießen: Stadt geht - Kirche kommt

Die städtische Kindertagesstätte in der Ederstraße soll privatisiert werden. Auch hier scheint - nach dem in Gießen angewandten Verfahren, dessen Rechtslage völlig unklar ist - der Caritasverband die Trägerschaft übernehmen zu können. Nach dem Motto von Caritas und Diakonie: ihr kriegt das eine, wir das andere - mit schmückendem Beiwerk von Arbeiterwohlfahrt und kleinen Trägern. Der Caritasverband hat ja bereits die neue Kita in der Schottstraße eröffnet. Warum der katholische Verband, der bis vor wenigen Jahren kaum eine Rolle in der Nordstadt spielte, sich nun immer breiter macht, bleibt ein Geheimnis der Stadt. Einsparungen hat die Stadt dadurch jedenfalls keine. Sie gibt aber z.B. die Personalhoheit ab und hat auf künftige Einstellungsverfahren keinen Einfluß mehr. So war die Leiterinnenstelle in der Schottstraße nur für eine katholische Pädagogin ausgeschrieben und auch die Gruppenerzieherin-

nen mußten zumindest einer christlichen Kirche angehören. Das kann - bei dem hohen Anteil muslimischer und konfessionsloser Familien - nur als christliche Missionierung gesehen werden. Bereits 2007 wurde der städtische Kindergarten in der Weststadt (Migrantenanteil: 80%) der Diakonie übergeben. Hier werden Pfründe gesichert, die keinen inhaltlichen Sinn ergeben. Die DKP Gießen ist strikt gegen die weitere Privatisierung von Einrichtungen der Jugendhilfe. Am Beispiel des Jugendzentrums Holzwurm zeigt sich, wie hier vorgegangen wird: auf dessen homepage ist ganz unverblümt der Kontakt zum Träger CVJM (christlicher Verein junger Menschen) angegeben sowie zu dessen Sekretäre genannten Mitarbeitern - und das über eine Rufnummer der Stadtverwaltung! Zur Begründung für die erneute Privatisierung nannte Bürgermeisterin Weigel-Greilich die „hohe Fluktuati-

on“ unter den Erzieherinnen in der Ederstraße. Die aber ist nicht durch Privatisierung zu beheben, sondern durch die Schaffung unbefristeter und angemessen bezahlter Vollzeit-Stellen. Und Tarifverträge und Gewerkschaften? Als sog. „Tendenzbetriebe“ haben die christlich orientierten Sozialverbände keine Tarifverträge und keine Betriebsräte und keine gewerkschaftliche Interessenvertretung wie im öffentlichen Dienst üblich. K.S.



(Fortsetzung von Seite 1)

Hatten wir Kommunalwahl?

Grüne und SPD stark gemacht haben. Während nach den vorletzten Kommunalwahlen die Grünen direkt wortbrüchig geworden sind und den vierten Hauptamtlichen beschlossen haben, führt uns der neue Magistrat an der Nase herum: Zwar soll es nur drei Hauptamtliche geben, aber dafür mehrere hochdotierte zusätzliche Stellen, was unterm Strich teurer ist als es ein vierter Hauptamtlicher gewesen wäre. Und das bei einer angeblichen Stellensperre wegen der katastrophalen Verschuldung. Auf die Einstellung der neuen Frauenbeauftragten (seit Herbst fällig) werden wir dagegen noch ein weiteres halbes Jahr warten...

Großen Raum nimmt im Koalitionspapier die „Bürgerbeteiligung“ ein, mit der in vielfachen Formen und verschlungenen Wegen die Bürger an den kommunalen Entscheidungen beteiligt werden sollen. Die Worte liest man wohl, allein es fehlen Taten. Der sogar bereits in Initiativen und Unterschriftensammlungen bekräftigte Bürgerwille wird in diesem Papier mit Füßen getreten: mit der Verarschung von fast 6000 Menschen, die das Bürgerbegehren „Drei reichen unterschrieben haben, und mit der Verschandelung der denkmalgeschützten Bahnhofstreppe. Übrigens: In Bad Homburg, Marburg und Wetzlar wurde schon vor Jahren der hauptamtliche Magistrat von vier auf drei Stellen verkleinert. E. Beltz

Um das Gießener Echo drucken zu können, brauchen wir Geld.

Wir bitten daher unsere Leserinnen und Leser - sofern noch nicht geschehen - um Überweisung der Abo-Gebühren - und wir bitten um Spenden.

Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025





Sportliches Shoppen?

Als „Sport in der city“ fand im April eine Veranstaltung statt, die vom Sportamt der Stadt und dem Gießener Marketing unter Beteiligung der BEK und zahlreichen Sportvereinen arrangiert wurde. In ihrer Eröffnungsrede an diesem – verkauffoffenen! – Sonntag sprach OB Grabbe-Bolz davon, wie schön man Sport und Bewegung mit Einkaufen und Bummeln durch die Stadt verbinden könne. Und was ist mit den Beschäftigten im Einzelhandel? Finden die diese Ausdehnung ihrer Arbeitszeiten an Sonntagen und bis in die Abendstunden dem Sport dienlich? Hat die OB, die gerne ihre gewerkschaftlichen Wurzeln betont, mal mit ihren Kolleginnen und Kollegen von ver.di gesprochen? Und die offiziellen Vertreter des Sports, hat einer von ihnen gefragt, was das für die Vereine bedeutet? Als Abteilungs- und Jugendleiter eines Sportvereins weiß ich, welche Probleme hier angewachsen sind. Aber dazu sagen weder die gewerkschaftliche OB noch die Sportherren etwas. Könnte ja auch dem eigentlichen Sinn der Veranstaltung abträglich sein, Menschen in die Stadt zu locken und Umsatz im Einzelhandel und damit Profite zu steigern. Was das dann mit Sport zu tun haben soll... K.S



Hessentag: Macht mit beim Protest gegen die Bundeswehr!

Die Bundeswehr wird mehr und mehr zur Armee im Auslandseinsatz – rund um die Welt sollen die Interessen deutscher Konzerne durchgesetzt und gesichert werden. Aber trotz hoher Jugendarbeitslosigkeit findet die Armeeführung nicht genug Menschen, die sich gerne zu Mördern und/oder Kanonenfutter abrichten lassen. Deswegen wird geworben was das Zeug hält, in Schulen, in den Arbeitsagenturen, auf Ausstellungen und Festen. Auch am Hessentag in Oberursel soll für den Kriegsdienst mobilisiert werden – aber viele mobilisieren auch dagegen. In Frankfurt hat sich ein Aktionsbündnis „Bildung ohne Bundeswehr“ gegründet, das an mehreren Tagen am Hessentag den Militaristen in die Suppe spucken will. Auch die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) plant dort Aktionen. Die Veranstalter der Bundeswehr-Werbe-Aktionen sind durch solche

Proteste gegen ihre Rattenfängerei mächtig genervt. Sie versuchen alles, um das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken. Flugblätter, gerufene Parolen und Transparente mit Aufschriften wie „Nie wieder Kanonenfutter für das Kapital“ halten sie für strafbaren Hausfriedensbruch. Zwei Mitglieder der SDAJ zerrten sie deswegen in Kassel vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft forderte, ein Exempel zu statuieren und eine hohe Geldstrafe zu verhängen. Das Gericht wollte es, schlimm genug, bei einer Verwarnung belassen. Die Staatsanwaltschaft ging deswegen in Revision, jetzt müssen die Jugendlichen erneut vor Gericht. Proteste gegen Militär und Krieg – sowas sehen die Herrschenden nur in solchen Ländern gern, deren Regierung sie gerne weg hätten. Hierzulande soll nach wie vor Ruhe die erste Bürgerpflicht sein.

Gernot Linhart



Die Bundeswehr nach der Reform...

Zeitarbeit muß verboten werden

Die Arbeitsagentur Gießen beteiligt sich an der Ausbeutung von Zeitarbeitern. Denn in einem Anschreiben zur sog. Zeitarbeitsmesse in Gießen an Arbeitslose steht: *„Die Betriebe, bei denen Zeitarbeitnehmer/innen eingesetzt werden, sehen hierin auch einen Weg der Personalbeschaffung, indem sie gute Arbeitnehmer nach einer Zeit der Bewährung in ein Beschäftigungsverhältnis im eigenen Betrieb übernehmen.“* Wie ist nun die reale Situation? Ende 2010 gab es rund 830.000 Leiharbeiter; und der Anteil derjenigen, die danach in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen wurden lag bei circa 7%. Also was soll dieser Spruch von der Bewährung? Er dient zur Disziplinierung

und fordert eine zusätzliche Leistungsbereitschaft, die in den wenigsten Fällen mit einer Festanstellung endet. Die Funktion dieser „Bewährung“ als eine Art der Beschäftigung in zusätzlicher und oft unbestimmter Probezeit liegt auf der Hand: sie entrechtet und schwächt die Position dieser Beschäftigten und damit auch die Position der Stammbeslegschaft und ihrer Vertretungsorgane, sowie der Gewerkschaften. Darum geht es bei der Zeitarbeit und nicht um die Bewältigung anfallender Auftragsspitzen, saisonaler Aufträge oder sonstiger besonderer Situationen. Und die Arbeitsagentur spielt dieses Spiel in Gießen mit. Die DKP fordert das Verbot von jeglicher Leiharbeit. K.S.

Welches Europa wollen wir?

„Wir zahlen nicht für die Rettung der Pleite-Griechen“, rauscht es im deutschen Blätterwald. Da machen sich deutsche Politiker natürlich für unsere Interessen stark und fordern Griechenland auf, einige seiner Inseln zu verkaufen. In Wahrheit geht es den führenden Vertretern der EU um unser Wohlergehen genauso wenig wie um das der Bevölkerung Griechenlands. Europäische Großbanken, auch die Deutsche Bank, haben viel Geld in diesem Land investiert, griechische Staatsanleihen gekauft und dafür jahrelang hohe Zinszahlungen kassiert. Nun drohen die Gläubigerbanken einen Teil ihrer Forderungen zu verlieren und da tun sie, was sie immer tun, wenn ihnen Ungemach droht: sie rufen nach dem Staat. Der soll ihnen, wir kennen es aus der Finanzkrise, aus der Bredouille helfen. Die Zahlungsfähigkeit Griechenlands soll auf Teufel komm raus erhalten bleiben, also verordnet man dem Land die Aufnahme neuer Schulden.

Damit dieser Irrsinn durchgeht, muss die Politik uns weismachen, dass die Schulden der Griechen, Iren, Portugiesen aus deren luxuriösem Lebenswandel zu unseren Lasten herrühren.

Da droht Kanzlerin Merkel in Kolonialherrenart den Schuldnerstaaten, sie müssten länger arbeiten und nicht „ganz viel Urlaub“ machen. Deutschland sei mit der

Rente mit 67 schon auf dem richtigen Wege. Da macht es nichts, dass die Beschäftigten in Griechenland und Portugal tatsächlich für mickrige Renten länger arbeiten als wir. Am Tag der Merkel-Rede fordern ihre „Fünf Weisen“ für uns die Rente mit 69. Nun haben die Griechen, denn Gelder der EU gibt es nur unter harten Auflagen, immer weniger in der Tasche, denn die Steuern steigen und die Sozialleistungen des Staates sinken. Jeder zweite Jugendliche in Griechenland ist arbeitslos, Hochschulen und Krankenhäuser werden geschlossen, staatliche Löhne und Gehälter gekürzt. Auch für Deutschland ist die gleiche Rezeptur geplant, nur ist hier das Ausgangsniveau höher. Aber auch bei uns sind seit 30 Jahren die Löhne und Renten faktisch nicht mehr gestiegen. Wenn es hier im Vergleich mit der übrigen Welt noch recht gut aussieht, nur weil Deutschland ganz viel Waren in die EU exportiert, nebenbei, auch nach Griechenland. Sozialabbau ist für ganz Europa geplant.

Das Kapital nimmt in Kauf, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Das schafft gesellschaftlichen Konfliktstoff und führt zum Erstarren von rechtsradikalen Rattenfängern. Es wächst aber auch der Widerstand, besonders in Griechenland und Spanien. Ganz Europa ist betroffen von sozialem

„Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexportes und der Aufteilung der Welt durch die „fortgeschrittenen“ und „zivilisierten“ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“ (Lenin)

Kahlschlag und ganz Europa muss sich gegen Sparprogramme wehren. In diesen Widerstand gehören linke Parteien, Gewerkschaften, soziale Verbände, nicht um die europäische Integration abzuschaffen, sondern um ihr eine soziale und demokratische Richtung zu geben.

Klaus Mewes



Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482, E-mail: UZAbo@t-online.de www.unsere-zeit.de

„Human“-Medizin in der Uni-Klinik

Im vergangenen Jahr hat der Konzern „Rhön-Klinikum“, der vor einigen Jahren die Uni-Kliniken Gießen und Marburg geschluckt hat, einen Gewinn von 145 Millionen Euro gemacht, 13,4% mehr als 2009. Und in diesem Jahr soll der Gewinn auf 160 Millionen Euro gesteigert werden.

Das kann nur auf Kosten der Patienten erreicht werden sowie auf dem Rücken der Beschäftigten, denn ein Hauptmittel der Gewinnmaximierung ist Personaleinsparung.

Leserbriefe von Patienten, die stundenlang in der Notaufnahme warten mußten, sind keine Seltenheit. „Entschuldigt“ wird das damit, daß der zuständige Arzt ganz alleine sowohl für die Notaufnahme als auch gleichzeitig für die ganze Station zuständig war (s. GAZ vom 6.5.11). Ein anderer Patient, der vom Notarzt in die Notaufnahme der Allgemeinen Chirurgie eingeliefert worden war, hat nach drei-

einhalbstündigen vergeblichen Wartens die Klinik verlassen (s. GAZ vom 25.5.11).

Daß darunter Privat- und Kassenpatienten gleichermaßen zu leiden haben, ist sicher kein Trost. Und sogar der Sohn des früheren Leiters der Gießener Medizinischen Uni-Klinik; Prof. Lasch, schrieb nach dem Tod seines Vaters über die „schockierenden“ Zustände in einem Leserbrief: „Letztlich war eine angemessene Versorgung eines schwerkranken Menschen nur sicherzustellen, indem die Angehörigen selbst wesentliche Teile der Pflege und Betreuung organisierten – in der Klinik wohlgemerkt“ (s. GAZ vom 22.1.10).

Bei der angepeilten Gewinnsteigerung um weitere 10% können sich diese Zustände nur noch verschlechtern. Das ist das logische Folge der Privatisierung, die nur ein Ziel kennt: Höchstgewinne für die Aktionäre. E.B.



Ästhetik des Kapitals – Wie Kapitalinteressen Gießen erschufen Denkmalschutz nur nach Kassenlage?

Wer Gießen kennt, kennt seine schönen Seiten: Der Botanische Garten, die Lahnwiesen. Also ein Ort, wo allein das Wahre, Schöne, Gute regiert? Leider nicht: Über die ganze Stadt verteilt rotten historische Bauten vor sich hin, wird Wohnraum nicht genutzt. Wer kennt nicht die traurige Geschichte des Gründerzeitbaus „Samen-Hahn“ in der Bahnhofstraße Ecke Reichensand? Im Herzen unserer Universitätsstadt gelegen fristet hier ein spärlicher Rest historischer Bausubstanz sein Dasein. „Schöpfer“ dieses Schandflecks ist ein stadtbekannter Spekulant, der auch die „Alte Post“ ganz im Sinne der Wohnraum- und Bodenspekulation verfallen lässt. Das ist die *Ästhetik des Kapitals*, welche das Gesicht ganzer Städte mühelos gestalten kann. Denkmalschutz ist nur etwas für „kleine Lichter“, die großen Vermieter und Hausbesitzer können es sich leisten, auf den schleichenden Verfall zu setzen – ein Abriss mit langem Bart!

Die Interessen gieriger Spekulanten können aber nur in dem Maße in Gießen wüten, wie es Politiker und Parteien gibt, die sich der *Ästhetik des Kapitals* mit vorausweisendem Gehorsam unterwerfen. Der bisherige Stadtbaurat Thomas

Rausch (CDU) versteht unter Denkmalschutz vermutlich, dass der „arme“ Spekulant vor dem Druck der neidischen Gießener Normalbürger geschützt werden muss – und lässt den geschützten Verfall von historischen Gebäuden ohne Kritik geschehen. Im Wahlkampf tonte die Stadt-CDU verbalsozialistisch: „Wir wollen sämtliche rechtlichen Möglichkeiten nutzen, damit es zu einer Bebauung des Geländes und zu einer Rettung der historischen Fassade kommt, bevor es für diese zu spät ist.“ Wirklich alle rechtlichen Schritte? Wollen die CDU'ler etwa das schmutzige Wort der Enteignung in den Mund nehmen, soll endlich einmal Artikel 14 (GG) zu seinem Recht kommen?: „Eigentum verpflichtet. Sein Wohl soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“.

Die *Ästhetik des Kapitals* schafft eine Flut unförmiger Konsumklötze (bspw.



Neustädter Tor), für die kein Bedarf besteht. Sie schafft Schandflecke im Herzen der Stadt. Die Interessen der Allgemeinheit (günstiger Wohnraum, etc.) werden missachtet und der Spekulation Tür und Tor geöffnet.

Die *Ästhetik des Kapitals* ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger, die mitentscheiden möchten, wie ihre Stadt in Zukunft aussehen soll. Gegen Verfall, Spekulation und Allmacht des Kapitals in Fragen Denkmalschutz und Städtebau – für ein Gießen mit sozialem, demokratischem Gesicht!

Valentin Hemberger

**Redaktionsschluß für das
Juli-Echo: 30.6.11**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:



Das Sisi-Syndrom

Es gibt Krankheiten, die gibt es gar nicht. Hauptsache, die Pharmaindustrie verdient gut daran. Daher arbeitet sie gern mit innovativen Ärzten zusammen, nicht zu deren Schaden. Anke Rohde, Psychosomatikerin des Uniklinikums Bonn, entdeckte eine raffiniert getarnte Krankheit. Im Wiener Hotel Sacher machte sie mit einem Vortrag die Sache publik: „Kaiserin Elisabeth (Sisi) als Prototyp eines verkannten Patientenbildes“. Sisi - bei der herzigen Romy „Sissi“ - war die österreichische Kaiserin Elisabeth, die etwas unstet in der Welt herumtourte, auch in Bad Nauheim kurte, und in Genf von einem Anarchisten erstochen wurde. So recht zufrieden war sie wohl nicht und so geht es vielen heutigen Patientinnen. Die Diagnose ist schwer zu stellen, weil die Betroffenen ihre Unzufriedenheit listigerweise durch Frohsinn tarnen. Der unbestechliche Blick des Arztes lässt sich aber nicht täuschen, zumal es eine Therapie gegen die Krankheit gibt. Bevor die Krankheit überhaupt entdeckt war, hatte der Konzern Smith Kline schon das Psychopharmakon Seroxat auf den Markt gebracht und das soll helfen, zumindest dem Hersteller. Allein in Deutschland leiden drei Millionen Menschen am Sisi-Syndrom. Fiete Krümel Laut Nachschlagewerk "Bittere Pillen" ist Seroxat "therapeutisch zweckmäßig, wenn bewährte trizyklische Antidepressiva nicht angewendet werden können

Liebe Genossinnen und Genossen,
im letzten Echo habt Ihr eine Solidaritätsveranstaltung mit Cuba mit u.a. mit dem Text angekündigt, dass »die UNO jedes Jahr die Aufhebung des Embargos « fordert und »(...) hält auch Obama am Embargo fest«. Hier ist Euch ein sachlicher Fehler unterlaufen. Der Duden definiert Embargo wie folgt: »1) Festhalten von eigenen Handelsschiffen in eigenen Gewässern durch den Staat zur Verhinderung von Waffenausfuhr aus unbeteiligten Staaten an kriegsführende u. Festhalten fremder Schiffe als völkerrechtlicher Zwangsmaßnahme, 2) staatl. Waren- u. Kapitalausfuhrverbot, Auf- und Emissionsverbot für ausländ. Emissionen«. Tatsächlich jedoch handelt es sich hier um weit mehr als ein herkömmliches Embargo, nämlich eine umfassende Wirtschafts- Handels- und Finanzblockade, die alle Lebensbereiche von Medikamenten bis zum Kulturaustausch beinhaltet und 1961 ausdrücklich zu dem Zweck verhängt wurde, »Hungeraufstände gegen das Castro-Regime« zu initiieren. Ein kriegerischer Akt also. Mit der Verabschiedung der Torricelli- und Helms-Burton-Gesetzen (1992 und 1996) durch die USA wurde diese Blockade dann endgültig internationalisiert, indem seitdem Drittstaaten unmittelbar mit Sanktionen bedroht (und in der Praxis auch belegt) werden. - Die von Euch eingangs zitierten Abstimmungen in der UNO haben übrigens auch immer explizit die Verurteilung der US-Blockade und nicht eines »Embargos« zum Inhalt. Einen Grundsatzartikel zu diesem Thema haben wir auf unserer Homepage unter <http://www.cubafreundschaft.de> veröffentlicht. **Heinz-W. Hammer**

Lynchjustiz

Bin Laden war jahrelang ein Freund der USA, die ihn militärisch ausgebildet haben, und ein erbitterter Feind des Sozialismus. Was immer man über diesen Mann sagt: Die Ermordung eines unbewaffneten und von Familienangehörigen umringten Menschen ist eine abscheuliche Tat. Vergessen wir bei allen Schandtaten dieses Terroristen nicht die von den USA und der NATO entfesselten Kriege. Millionen Bürger wurden dabei ihren Völkern im Irak, Afghanistan, Libyen, Vietnam, Laos, Kambodscha, Cuba und vielen anderen Ländern entrisen.

Falk Moldenhauer

Bush und Obama müßten als erste auf Anklagebank

Libyen-Krieg: Der Westen will nicht nur Öl und Rache...

Gespräch mit Johan Galtung, Pionier der Friedensforschung (Norwegen)

Der Schuldige am libyschen Bürgerkrieg ist ausgemacht. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat Revolutionsführer Muammar Al-Ghaddafi wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Finden Sie das gerechtfertigt?

Während die Ankläger und Richter vorwiegend aus dem Westen stammen, sind die meisten Angeklagten Afrikaner. Libyen war früher selbst eine Kolonie. Die Machtverhältnisse entsprechen also der alten Tradition. Damit verteidige ich Ghaddafi gar nicht. Es gibt aber ganz andere Kandidaten, die für ein Strafverfahren viel mehr in Frage kämen. Wenn man die Kriegsverbrechen in Rechnung stellt, die von den Invasoren im Irak und in Afghanistan begangen wurden, müßten Ex-US-Präsident George W. Bush und sein Nachfolger Barack Obama als erste auf der Anklagebank sitzen. Der Irak-Krieg hat schließlich über eine Million Menschenleben gekostet. Warum hat man überhaupt Libyen angegriffen und nicht etwa den Jemen oder Bahrain? Auch dort wurden und werden Zivilisten getötet. Da stimmen die Verhältnisse nicht. Deshalb haben sich fünf von 15 Staaten im UN-Sicherheitsrat bei der Libyen-Resolution der Stimme enthalten.

Und was ist mit den gravierenden Tatvorwürfen, die man Ghaddafi macht?

Ich halte sie für einen Vorwand. Das Völkerstrafrecht wird im Interesse des Westens angewandt. Die Methoden von

Ghaddafis Clan und des Bengasi-Clans in ihrer Auseinandersetzung unterscheiden sich nicht wesentlich. Trotzdem hat die NATO einseitig Partei für die Rebellen aus Bengasi ergriffen. Ich glaube, daß Ghaddafi in Libyen und ganz Afrika mehr Unterstützer hat als seine Widersacher. (...)

Trotzdem ist der jetzige Bürgerkrieg in dieser Dimension etwas Neues und reiht sich überdies in die Aufstände in der arabischen Welt ein. Vorwände mag es geben, aber sie schaffen allein noch nicht die Bedingungen für einen Krieg.

Es gibt mehrere Gründe. Zum einen gibt es Öl. Zum anderen – und viel wichtiger! – ist Ghaddafi ein alter Feind. Zu Beginn der 70er Jahre verbannte er die US-Amerikaner von ihrem Militärstützpunkt. Außerdem setzte er sich besonders für die arme Bevölkerung ein, mit billigen Wohnungen, mit Bildung und Gesundheitsversorgung. Darüber hinaus war er eine Hauptfigur der Ölkrise von 1973, als die arabischen Staaten den Ölpreis von einem auf 20 Dollar pro Faß steigen ließen. Die größte Gefahr, die der Westen in Ghaddafi sieht, ist aber sein Engagement für die Afrikanische Union. Man befürchtet, daß Afrika als potentiell sehr reicher Kontinent einen eigenen Wirtschaftsraum schafft und somit weniger Handel mit den alten Kolonialmächten in Westeuropa treibt...

(gekürzt aus der Tageszeitung "junge Welt" vom 28.5.2011)

Lohnsubvention

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik kann nicht ernst genug genommen werden. Privatunternehmen, vor allem mit hohen Profiten, werden über die Minderung der Steuerschuld von allen Lohnkosten (sog. Lohnneben- und Betriebskosten) befreit. Zu keiner Zeit hat es für die Privatunternehmer einen Grund gegeben, betriebsintern oder in der Öffentlichkeit über die Personalkosten zu reden. Nach unserem Steuerrecht werden die Personalkosten genauso dem Staat überlassen, wie es im Öffentlichen Dienst passiert. Diese faktisch größte Sozialhilfe des Staates an Profit-Unternehmen wurde von dem Seeheimer Kreis der SPD bereits ab 1970 vorangetrieben und wird von der heutigen Regierung konsequent betrieben..

Uwe Bossart und Valentin Hofmann

Buchtip

Am 25. April 1974 wurde in Portugal ein Fenster in die Zukunft aufgestossen. Als ständiger Korrespondent und Fotoreporter berichtet Klaus Steiniger aus dem Herzen der »Revolution der Nelken« – nicht als »distanzierter Beobachter«, sondern als Weggefährte.

Klaus Steiniger, Portugal im April, Mit Anmerkungen von Vasco Gonçalves, 466 Seiten, 60 Fotos, 14,- €



Die Bundeswehr wirbt auf dem Hessentag Wir werben dagegen

Inzwischen ist es Alltag, dass deutsche Soldaten in Afghanistan, im Kongo, im Golf von Aden und anderswo Kriege führen.

Seit über zehn Jahren sind deutsche Soldaten im Ausland im Einsatz. Doch wenige junge Leute wollen Soldat werden ...

Deshalb nimmt die Bundeswehr an Messen und Veranstaltungen teil, schaltet Werbung in Zeitungen, Radio, Fernsehen. 2009 wurden 12 Mio€ für Nachwuchswerbung ausgegeben, 2010 waren es bereits 27 Mio – Tendenz steigend. Ihr Ziel ist, Militäreinsätze und Soldatsein als etwas Normales, ja Erstrebenswertes zu etablieren, junge Leute für den Kriegsdienst zu motivieren und ältere dazu zu bringen, den Mund zu halten. Zu diesem Zweck schlossen Bundeswehr und hessisches Kultusministerium einen Kooperationsvertrag ab.

Wir meinen, dass wir uns an das Eindringen des Militärischen in den Alltag nicht gewöhnen sollten

Wir protestieren gegen die Bundeswehrwerbung auf dem Hessentag in Oberursel

**Pfingstmontag, 13. Juni beim Ehrenappell
und Samstag, 18. Juni, 13.00 Uhr**

(vor dem Zelt der Parteien – Landesausstellung – Haupteingang)

Aktionsbündnis »Bildung ohne Bundeswehr«: ver.di Fachbereich Bildung, Wissenschaft, Forschung Bezirk Frankfurt/Main und Region, attac Frankfurt – AG Globalisierung und Krieg, DIE LINKE Frankfurt, AG „Frieden und internationale Politik“ in der LINKEN, DKP Frankfurt, Arbeitskreis gegen Revanchismus und Kriegstreiberei, Frankfurt.

Info und Kontakt: bildohnebund@gmail.com

Erinnerungen an und von **Peter Gingold**

Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik

Buchlesung:

**Paris – Boulevard St. Martin
No. 11**

mit Silvia Gingold und
Dr. Ulrich Schneider
16. Juni 2011, 19 Uhr

DGB Haus Gießen, Cafe Amelie
Veranstalter: DGB Region Mittelhessen

Jeden Montag, 18 Uhr am Rathaus, Berliner Platz

Anti-AKW-Demo

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Bücherbasar

beim Sommerfest der GSW (Gesellschaft für soziales Wohnen) am 18.06.11 von 10-16 Uhr im ZIBB, Hannah-Arendt-Str.8, 35394 Gießen. Infos: 0641/791180.

Nazis im Hessischen Landtag

Eine Anfrage der Linkspartei im Landtag brachte es (wieder einmal) zu Tage: Fast jeder Vierte von 333 Abgeordneten im Hessischen Landtag war vor 1945 NSDAP-Mitglied gewesen. 36% der CDU-Fraktions-Mitglieder und 60 – 70% der FDP-Fraktions-Mitglieder, aber Abgeordnete von SPD und auch ein Grüner waren Nazis, lediglich die KPD war nazifrei, so H.-P. Klausch, der Autor der Studie „Braunes Erbe in Hessen“ in einem Interview in der „jungen Welt“ vom 7.5.2011. Neu ist das alles nicht.

Im Januar 2009 brachten wir im Gießener Echo darüber eine Aufstellung „Die Leichen im Keller von CDU und FDP“ und nannten auch prominente Namen:

Dr. Alfred Dregger, geb. 1920, 1940 in die NSDAP eingetreten, einer der übelsten Scharfmacher in der CDU, der als ehemaliger Wehrmachtsoffizier eine seiner Hauptaufgaben darin sah, NS-Kriegsverbrecher zu schützen, MdL von 1962 - 1972.

Wilhelm Runtsch, geb. 1921, 1944 in die NSDAP eingetreten, der Nationalzeitung verbunden und Mitglied des rechtsextremistischen und revanchistischen Witiko-Bundes, CDU-Stadtverordneter, 1977 OB von Gießen, MdL von 1970 – 1977.

UZ-Pressefest Volksfest der DKP

24.-26. Juni 2011

Dortmund
Revierpark Wischlingen



www.fest-der-solidaritaet.de

Mit (u.a.) Inti Illimani (Chile), Sincopa de Cuba, Banda Bassotti, Walkabout Clearwater Chorus (USA), Klaus der Geiger, Esther Bajanaro und Microphone Mafia (Foto rechts), Kai Degenhardt, The Barcodes, Quichote, Erich Schaffner, Einhart Klucke, Kai Degenhardt, Sonja Gottlieb, Abriss West, Bernd Köhler & Blandine, Marc



Foggio, Bernd Haake & Band, den bots (Foto links), die bereits in

den Hessenhallen und im Audimax Gießen auftraten mit ihren Liedern: "Alle, die ein besseres Leben wollen, sollen aufstehen" und "Was wollen wir trinken" u.v.a.m. Außerdem: jede Menge Diskussionsrunden, Casa Cuba, internationale Stände, Frauenmatinée, großer Büchermarkt, Kinderfest sowie Stände und Zelte der Bundesländer, Essen und Trinken. Weitere Informationen beim Echo.